



---

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die 4. Sitzung des Schulausschusses**

**der Stadt Steinheim**

**-des am 30.08.2009 gewählten Rates-**

**am 31.05.2011 im Festraum der Friedrich-Wilhelm-Weber-Schule Steinheim**

Zu der auf heute, 18:30 Uhr, ordnungsgemäß geladenen Sitzung des Schulausschusses der Stadt Steinheim sind die untenstehend aufgeführten Ausschussmitglieder in beschlussfähiger Anzahl erschienen.

Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr

Sitzungsende: 19:40 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender des Schulausschusses:**

Frank Oppermann

**Die Mitglieder:**

Ansgar Claes

Michael Klahold

Dirk Reinemann

Bernd Behling

Jürgen Unruhe

Bernd Drengk für Carsten Torke

Oliver Räker

Yurdanur Gemici

Marianne Mann

Ursula Festing

**Es fehlen entschuldigt:**

Andreas Rohde

Martin Reinemann

Pastor Hubert Lange

Pastor Ulrich Beimdiek

**Als Gäste sind anwesend:**

Irmgard Hake, Grundschule Steinheim  
 Jürgen Döll, Realschule  
 Myriam Heine-Herzog, Realschule  
 Thomas Vogt, Förderschule  
 Gottfried Eichhorn, Förderschule  
 Frank Sommer, Ratsmitglied  
 Gisela Lause, Ratsmitglied  
 Helge Hörning, Ratsmitglied

**Von der Verwaltung nehmen teil:**

StA Gerhard Engelmann

**A. Öffentliche Sitzung**

Der Vorsitzende, Frank Oppermann, begrüßt alle Anwesenden, stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und eröffnet die Sitzung.

**1. Kreisweite Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung****Durchführung einer Fragebogenaktion für Eltern von Grundschulkindern in der Stadt Steinheim**

Herr Engelmann trägt vor, dass Herr Dr. Rösner vom Institut für Schulentwicklungsforschung als Gutachter, der mit der kreisweiten Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes beauftragt wurde, einen Fragebogen für die Eltern von Grundschulkindern entworfen habe. Dieser Fragebogen sei bereits in mehreren Städten zum Einsatz gekommen und könne neben den Prognosen der Schulentwicklungsplanung ergänzende Informationen zum Elternwahlverhalten liefern (z.B. welche Aspekte sind für die Schulwahl wichtig, Ganztagschule gewollt oder nicht etc.). Weiterhin weist Herr Engelmann auf eine Tischvorlage hin, die den mit der Einladung versandten Fragebogen bzw. die dazugehörige Anlage „Was ist eine Gemeinschaftsschule“ ergänzen könnte, um nicht den Eindruck einer einseitigen Ausrichtung des Fragebogens „Pro Gemeinschaftsschule“ zu erwecken. Die Tischvorlage enthält Informationen zu den am Ort vorhandenen Schulformen Realschule und Gymnasium, die dankenswerterweise von den Schulleitungen der beiden Schulen zusammengestellt wurden.

In der sich anschließenden intensiven Diskussion wird die Durchführung einer solchen Fragebogenaktion von allen Fraktionen grundsätzlich positiv gesehen. Von der UWG-Fraktion wird der Wunsch geäußert, alle Eltern der Steinheimer Schüler in die Befragung einzubeziehen und den vorliegenden Fragebogen entsprechend zu ändern. Dies wird vom Ausschuss kritisch gesehen, da der Fragebogen für Grundschul-Eltern konzipiert ist, die kurz- bis mittelfristig eine Schulwahlentscheidung zu treffen haben. Ein Fragebogen für Eltern von Schülern an weiterführenden Schulen müsste grundsätzlich anders gestaltet sein. Eine Vermischung mit der zur Diskussion stehenden Befragung lehnt der Ausschuss ab. Frau Festing kündigt an, einen schriftlichen Antrag auf Durchführung einer Befragung der Eltern der Schüler an den weiterführenden Schulen in Steinheim zu stellen.

Folgende Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche zum vorliegenden Fragebogen werden aus dem Ausschuss vorgetragen:

- Klarstellung Frage 4: Welche Schule soll Ihr Kind nach Klasse 4 besuchen?
- Zusätzliche Antwortmöglichkeit bei Frage 6: Für die Gesamtschule in Steinheim
- Wegfall der Fragen 13 bis 16
- Beifügen eines Erläuterungsblattes „Was ist eine Gesamtschule?“
- Einbeziehung der Eltern des letzten Kindergarten-Jahrganges in die Befragung

Der Ausschuss beauftragt einstimmig die Verwaltung mit der Durchführung einer Elternbefragung für die Eltern der Grundschüler und des letzten Kindergarten-Jahrganges in der Stadt Steinheim. Ebenfalls einstimmig spricht sich der Schulausschuss für die Vornahme der vorge-tragenen Änderungen am Fragebogen aus. Die Befragung soll nach den Sommerferien 2011 erfolgen.

Die neue Fassung des Fragebogens ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

## **2. Schulorganisatorischer Handlungsbedarf hinsichtlich der Friedrich-Wilhelm-Weber-Schule**

Ausschussvorsitzender Oppermann kritisiert zu Beginn seiner Ausführungen die Veröffentlichung im Westfalen-Blatt, nach der die zu beratende Stellungnahme zur Verfügung der Bezirksregierung Detmold vom 23.03.2011 bereits abgegeben worden sei. Demnach habe sich die Beratung des Tagesordnungspunktes eigentlich erledigt.

Die Verwaltung stellt klar, dass in dem Presseartikel mehrere sachlich falsche Aussagen getroffen worden seien. Eine davon sei die Vorlage der Stellungnahme bei der Bezirksregierung. Diese sei nicht erfolgt und somit die Beratung des Tagesordnungspunktes auch keinesfalls entbehrlich.

Herr Engelmann erläutert dem Ausschuss den bisherigen Verlauf der Beratungen. Am 16.05.2011 hat sich die Schulkonferenz der Friedrich-Wilhelm-Weber-Schule mit der Angelegenheit befasst. Deren Stellungnahme liegt den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor. Zudem fand am 24.05.2011 eine Sitzung des Verwaltungsbeirates der Schule statt, in der die Thematik ebenfalls beraten wurde. Der Verwaltungsbeirat hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, das Antwortschreiben, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, der Bezirksregierung zuzusenden.

Alle Fraktionen sprechen sich in ihren Wortbeiträgen für den Erhalt der Friedrich-Wilhelm-Weber-Schule aus. Die Arbeit der Schule wird ausdrücklich gelobt. Die Schule sei ein unverzichtbarer Bestandteil der Steinheimer Schullandschaft. Darüber hinaus sei es auch für die Regelschulen, die künftig bei zunehmender inklusiver Beschulung behinderter Kinder mehr Beratung und Unterstützung benötigen, gut und wichtig, sonderpädagogische Fachkompetenz am Ort zu haben.

Zum Abschluss der Beratungen erklärt sich der Schulausschuss einstimmig mit dem Wortlaut der mit den Städten Marienmünster und Nieheim abgestimmten Stellungnahme zur Verfügung der Bezirksregierung vom 23.03.2011 einverstanden.

## **3. Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Gemeinsamen Unterricht einer Regelschule – Einrichtung von Schwerpunktschulen an Grundschulen**

Herr Engelmann weist einleitend auf das Schreiben des Schulamtes für den Kreis Höxter hin, nach dem unter anderem für die Gemeinschaftsgrundschule Steinheim die Ausweisung als sog. Schwerpunktschule angestrebt ist. In Schwerpunktschulen werden behinderte und nicht-behinderte Kinder gemeinsam unterrichtet, sofern Eltern von behinderten Kindern dies wünschen.

Der Schulleiter der Förderschule, Herr Vogt, gibt ergänzende Hinweise zur Organisation der sonderpädagogischen Unterstützung der Grundschule durch die Förderschule. Er könne demnächst eine halbe Lehrerstelle ausschreiben, durch die die Unterstützung der Schwerpunktschulen beim Gemeinsamen Unterricht (GU) erfolgen soll. Allerdings erwartet er Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung, da derzeit kaum Sonderpädagogen „auf dem Markt“ seien.

Die Stellungnahme der Schulkonferenz der Grundschule Steinheim liegt dem Ausschuss als Tischvorlage vor. Die stellvertretende Schulleiterin, Frau Hake, bestätigt auf Nachfrage, dass sich die Schule in der Hoffnung auf entsprechende Unterstützung dieser schwierigen Aufgabe stellen wolle.

Nach einer kurzen Aussprache beschließt der Schulausschuss einstimmig, der Ausweisung der Grundschule Steinheim als Schwerpunktschule gem. § 20 Abs. 7 des Schulgesetzes NRW zuzustimmen.

#### **4. Benennung von Mitgliedern für die Kommission zur Erstellung einer Prioritätenliste für Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen im Schulbereich**

Der Schulausschuss hat in seiner Sitzung am 02.03.2011 unter dem TOP A 8 folgenden Beschluss gefasst: "Darüber hinaus empfiehlt der Schulausschuss einstimmig für jede Schule die Bildung einer Kommission, bestehend aus Politik, Schulleitung, Elternvertretung und Verwaltung, die rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen 2012 eine Liste aller notwendigen größeren baulichen Unterhaltungsmaßnahmen erstellt. Aus allen Einzellisten soll dann im Schulausschuss eine neue Gesamt-Prioritätenliste gebildet werden."

Die Verwaltung schlägt vor, dass aus der Politik jede Fraktion ein Kommissionsmitglied benennt. Aus der Verwaltung werden Herr Hartmann (Fb 1 - Gebäudemanagement) und Herr Engelmann (Fb 3 - Schulverwaltung) der Kommission angehören. Ergänzt werden soll dieser Personenkreis, der für alle Schulen zuständig ist, bei jeder einzelnen Schule um ein Mitglied der Schulleitung und ein Mitglied der Elternvertretung. Diese beiden Personen wirken nur an der Erstellung der Prioritätenliste ihrer jeweiligen Schule mit.

Der Ausschuss ist mit dem Verwaltungsvorschlag einverstanden. Folgende Personen werden als Mitglieder der Kommission benannt:

- für die CDU-Fraktion: Ansgar Claes
- für die FDP-Fraktion: Oliver Räker
- für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Bernd Behling
- für die SPD-Fraktion: Frank Oppermann
- für die UWG-Fraktion: Andreas Rohde

gez. Frank Oppermann

gez. Engelmann

Vorsitzender

Protokollführer